



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

Vollversammlung am 26. September 2018

TOP 3 - Bericht der Präsidentin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit einigen Tagen läuft die für uns wichtigste Abstimmung des Jahres, die Wahl zur nächsten Vollversammlung der IHK Halle-Dessau. Einige unter Ihnen haben ja noch einmal ihren Hut in den Ring geworfen. Das freut mich sehr!

Es ist wichtig, dass sich wieder viele kluge Köpfe in der neuen Vollversammlung versammeln und ihren unternehmerischen Sachverstand in die Arbeit einbringen. Denn die anstehenden Aufgaben, von denen ich Ihnen jetzt berichten möchte, fordern uns alle heraus. Auf der Tagesordnung steht nicht weniger, als gute Rahmenbedingungen für unseren wirtschaftlichen Erfolg in der Zukunft zu erreichen.

IHK-Reporte zu Gründung und Nachfolge: Unternehmer braucht das Land!

Es geht in den kommenden Jahren zum einen darum, den hiesigen Unternehmensbestand mindestens zu sichern – das heißt: Begleitend sowohl für mehr Existenzgründungen zu sorgen als auch geeignete Unternehmensnachfolger für zukunftsfähige Unternehmen zu finden. „Unternehmer braucht das Land!“ lautet die zusammenfassende Botschaft unserer beiden aktuellen Reporte zum Gründungs- und Nachfolgegeschehen im IHK-Bezirk. Sie finden beide in Ihren Tischvorlagen.

Es bedeutet dabei eine gute Nachricht, dass sich die Talfahrt bei den Gründungen verlangsamt hat. In einigen Regionen sind 2017 sogar mehr Menschen in die Selbstständigkeit gestartet als im Jahr zuvor: Wir haben dies in den Landkreisen Mansfeld-Südharz, Wittenberg, im Burgenlandkreis und in der Stadt Halle (Saale) beobachtet.

Aber unsere Wirtschaft braucht nicht nur robuste Neugründungen, sondern auch gelungene Übernahmen. Unser Nachfolgereport zeigt, dass der Bedarf an Unternehmensnachfolgen nur theoretisch gedeckt ist.

Die Fakten: Etwa 5.700 Unternehmer in unserem IHK-Bezirk werden bis zum Jahr 2025 das Rentenalter erreichen, etwa die Hälfte davon strebt eine Unternehmensnachfolge an. Bisher gelingen rund zwei Drittel der angestrebten Übergaben. Rein rechnerisch werden also rund 140 bis 150 Nachfolgerinnen oder Nachfolger fehlen – jedes Jahr.

Die Zahl der Unternehmensübernahmen ist zwar in den vergangenen Jahren insgesamt relativ konstant geblieben. Hier sind allerdings auch jene Betriebsübergänge mitgezählt, die nicht aus Altersgründen erfolgen. Werden die blanken Zahlen nebeneinander gelegt, sind theoretisch genug Nachfolger da. In der Praxis lassen diese sich aber nur dann für eine Übernahme gewinnen, wenn die zum Verkauf stehenden Unternehmen wettbewerbsfähig sind und bleiben.

Die Detailanalyse unserer Experten lässt jedoch leider darauf schließen, dass die Nachfolgersuche in bestimmten Branchen problematisch werden könnte: Engpässe drohen etwa im Handel, im Beherbergungsgewerbe und in Teilen der Dienstleistungsbranche. Die Gründe: Oft wurden Investitionsstaus nicht beseitigt, so manches bleibt liegen, weil der Noch-Eigentümer kurz vor der Übergabe Kosten und Mühen scheut. Manchem mag das verständlich erscheinen, allerdings weiß selbst der Volksmund: „Die Braut sollte hübsch gemacht werden ...“

Aber natürlich müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen: weniger Bürokratie, kürzere Behördenwege, leichter zugängliche finanzielle Unterstützung und flächendeckendes Internet.

Und mindestens genauso wichtig ist es, das Unternehmerbild in der Öffentlichkeit zu verbessern, zumindest ‚geradezurücken‘: Die Selbstständigkeit sollte als attraktive Lebensalternative zum Angestelltenverhältnis erkannt werden – je früher, desto besser. Hier setzt das von uns aus der Taufe gehobene Projekt „Unternehmer machen Schule“ an. 30 Unternehmer beteiligen sich mittlerweile daran, berichten aus dem Unternehmerleben und kommen mit den Schülern ins Gespräch.

Meine herzliche Bitte an alle unter Ihnen, die bislang noch nicht dabei sind: Machen Sie mit! Entsprechende Formulare finden Sie in Ihren Unterlagen.

Duale Berufsausbildung: Das Erfolgsmodell stärken!

Aber nicht nur Unternehmerinnen und Unternehmer fehlen uns, sondern auch Fach- und Arbeitskräfte. Die Zahl der neu registrierten Berufsausbildungsverhältnisse ist zwar stabil: Zum 31. August 2018 wurde das Vorjahresniveau von knapp 3.150 Eintragungen wieder erreicht. Aber es bleibt dabei: Es sind zu wenig! Azubis fehlen, viele Lehrstellen bleiben Jahr für Jahr unbesetzt. Das dürfte sich schon mittelfristig rächen.

Gemeinsam mit der Handwerkskammer Halle (Saale) haben wir deshalb „entschlossen geschlossen“ – wie beim Neujahrsempfang bekräftigt – einen Alarmruf abgesetzt: Wir gewerbliche Kammern können unserer Verantwortung, für gut ausgebildete Fachkräfte in der Wirtschaft zu sorgen, nicht mehr voll gerecht werden. Denn das politische und gesellschaftliche Umfeld sorgt für Barrieren, die wir alleine nicht beiseite räumen können.

Wir rufen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft deshalb dazu auf, die duale Berufsausbildung zu stärken. Dazu haben wir gemeinsam mit Ihnen in den IHK-Ausschusssitzungen sowie über Umfragen unter unseren Ausbildungsunternehmen und Gesprächen mit diesen zehn konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Wie Sie Ihrer Tischvorlage entnehmen können, reichen diese von Forderungen, wie die Allgemeinbildung der Jugendlichen im Land zu verbessern ist, über Vorschläge für eine zielgerichtete Berufsorientierung bis hin zur besseren Organisation des Berufsschulunterrichts. Wir fordern aber nicht nur, sondern zeigen auch auf, was wir, die gewerblichen Kammern in diesen Handlungsfeldern leisten werden!

So rufen wir etwa Schulen auf, innovative Ideen und Maßnahmen bei der dualen Berufsausbildung im Rahmen eines Wettbewerbs einzubringen, die wir dann gemeinsam mit der Handwerkskammer Halle (Saale) mit bis zu 5.000 Euro unterstützen werden.

Derzeit läuft außerdem unser Wettbewerb „TOP-Ausbildungsbetrieb“. Jedes Jahr ermitteln wir die Besten und werben mit diesen guten Beispielen für die duale Berufsausbildung. Das Gütesiegel ist vielleicht auch etwas für Sie? Nutzen Sie Ihre Chance!

Einen Schwerpunkt haben wir gemeinsam mit allen gewerblichen Kammern des Landes in den Blick genommen: die Wege unserer Auszubildenden zu den berufsbildenden Schulen. Die Ergebnisse unserer Berufsschulstandortanalyse haben wir Anfang September in der Landespressekonferenz vorgestellt. Sie finden die Details ebenfalls in Ihrer Tischvorlage.

Deshalb nenne ich hier nur drei Zahlen:

- Der Vergleich der Wohnorte mit den Berufsschulstandorten zeigt: Hochgerechnet auf alle in Sachsen-Anhalt registrierten Auszubildenden legen diese auf dem Weg zum Unterricht eine Strecke von insgesamt **gut einer Million Kilometern** zurück. Das würde für einen Trip zum Mond und wieder zurück reichen – plus noch siebenmal am Äquator um die Erde herum. Und später kommt dann die Heimfahrt dazu, noch einmal die gleiche Strecke ...
- Wer nicht wohnortnah, aber immerhin in Sachsen-Anhalt beschult wird – das sind knapp drei Viertel der Azubis –, braucht im Schnitt fast **100 Kilometer** hin und zurück.
- Durchschnittlich fährt **jeder fünfte** Auszubildende zur Berufsschule für eine Strecke rund 25 Kilometer mehr als er eigentlich müsste – weil es einen näheren Berufsschulstandort mit dem gleichen Angebot gibt, an dem er oder sie aber aus verwaltungstechnischen Gründen vorbeifahren muss. Ist das nicht verrückt? Einige der gerade genannten Erdumrundungen sind überflüssig, kosten sinnlos ebenso Zeit wie Geld und halten junge Talente vom Ausbildungsberuf ab.

Um hier Entlastung zu erreichen, haben wir gemeinsam mit unseren Partnerkammern nicht nur das Azubi-Ticket endlich auch für unser Land eingefordert. Außerdem muss – natürlich – der Besuch der nächstmöglichen berufsbildenden Schule ermöglicht werden. Und die derzeitigen Regeln zur Fahrtkostenerstattung sowie der sogenannte Gastschulbeitrag für Kommunen gehören auf den Prüfstand. Schließlich sollte das Land klären: Inwieweit könnten E-Learning-Elemente helfen, in der Berufsschulbildung Fahrten einzusparen.

Bei diesen Themen bleiben wir hartnäckig, meine Damen und Herren. Zwei unserer Hauptschwerpunkte zur Stärkung der dualen Berufsausbildung haben wir uns in einer Fachkonferenz in der vergangenen Woche gewidmet: der Berufsorientierung und der Modernisierung von Ausbildungsinhalten. Es ist nicht so leicht, ein gemeinsames Vorgehen zu organisieren. Aber die IHK wird weiter beharrlich darauf dringen – das kann ich Ihnen versprechen.

Mittelstandsförderungsgesetz: Ein Schritt vor und zwei zurück!

Stichwort „beharrlich bleiben“: Im Koalitionsvertrag hat sich unsere Landesregierung verpflichtet, mehr für die Wirtschaftsfreundlichkeit zu tun. Man wollte entbürokratisieren, die Verwaltung digitalisieren und einen zentralen Ansprechpartner für Unternehmen schaffen, die an bürokratischen Hürden zu scheitern drohen. Für jede neu erlassene Regelung sollte eine bestehende gestrichen werden, auf Neudeutsch: „One in, one out“. Wie gesagt: Das sind die verbindlichen Vereinbarungen des Koalitionsvertrags.

Der nun vorgelegte Entwurf für ein Mittelstandsförderungsgesetz fällt allerdings deutlich dahinter zurück. Tatsächlich entfernen wir uns eher vom eigentlichen Ziel: Anforderungen, die etwa bei der Gleichstellung eingefügt wurden, machen die Wirtschaftsförderung vermutlich noch komplizierter.

Die wenigen Maßnahmen für mehr Wirtschaftsfreundlichkeit sind wenig ambitioniert – fast so, als wolle man gar kein wirtschaftsförderndes Gesetz.

Bürokratieabbau ist nicht vorgesehen, auch nicht die „One in, one out“-Regel. Man will sogar das bisher verbindliche Anhörungsrecht der Kammern und Verbände streichen. Die Begründung klingt wie blanker Hohn: Die bürokratische Belastung soll gesenkt werden, wohlgermerkt: nicht die der Unternehmen, sondern die der Verwaltung!

Gemeinsam mit den anderen gewerblichen Kammern haben wir in einer überdeutlichen Stellungnahme eine Nachbesserung angemahnt. Das Thema wird die IHK weiter beschäftigen. Der Minister hat bereits zugesagt, dass dieser unzureichende Entwurf noch einmal gründlich auf den Prüfstand kommt.

1. Gesetzentwurf gegen Abmahnmissbrauch: Bundesregierung löst Ankündigungen ein!

Wie wichtig die Lobbyarbeit ist, zeigt auch ein weiteres Beispiel. Bei unserer Junisitzung hatte ich über konkrete Vorschläge des DIHK und weiterer Verbände gegen Abmahnmissbrauch berichtet. Gerade angesichts der neuen Datenschutzgrundverordnung hatte das Thema erneut zu intensiven Diskussionen geführt.

Wir hatten das Papier den sachsen-anhaltischen Bundestagsabgeordneten zur Kenntnis gebracht und um deren Unterstützung geworben. Mit Erfolg! Nun liegt der erste Entwurf für ein „Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs“ vor. Darin werden erfreulicherweise viele der sehr vernünftigen Forderungen aus dem Verbändepapier aufgegriffen.

Wer abmahnberechtigt sein will, muss deutlich strengere Anforderungen erfüllen und wird kontrolliert. Die finanziellen Anreize für Abmahntätigkeiten werden eingeschränkt. Missbrauchstatbestände werden ausdrücklich geregelt und anderes mehr.

Im Detail ist noch einiges zu diskutieren, auch zu Datenschutzverstößen. Daran wird sich unsere IHK weiter beteiligen. Die Aussichten sind durchaus positiv, das viele Unternehmer belastende Problem des Abmahnmissbrauchs wirksam einzudämmen.

Reform der Grundsteuer: Keine weitere Belastung der Unternehmen!

Ein weiteres Thema, das die IHK – und damit auch die derzeit neu gewählte Vollversammlung – beschäftigen wird, ist die Reform der Grundsteuer. Das Bundesverfassungsgericht hatte im April die Einheitsbewertung von Grundvermögen zur Berechnung der Grundsteuer als verfassungswidrig beurteilt. Der Gesetzgeber muss nun bis Ende 2019 eine Neuregelung schaffen.

Das ist angesichts des hoch komplizierten Themas eine ‚sportliche‘ Aufgabe. Auf jeden Fall ist die Grundsteuer für alle Unternehmen ein Kostenfaktor. Unsere Forderung lautet deshalb: Aufkommensneutrale Umsetzung und keine bürokratischen Lasten! Ob das gelingt, ist auch davon abhängig, welches der bereits diskutierten Modelle sich durchsetzen wird: ein wertbasiertes Modell oder ein Flächenmodell.

Beim Verkehrswertmodell etwa könnte selbst bei gleichbleibenden Hebesätzen die Steuer durchaus ansteigen. 35 Millionen Grundstücke müssten neu bewertet werden; die laufende Aktualisierung führt in jedem Fall zu bürokratischen Mehrbelastungen.

Flächenmodelle hingegen vermeiden dies, da nur die Boden- und Gebäudeflächen herangezogen und mit einem Euro-Betrag multipliziert werden.

Der DIHK-Vorstand hat ein Positionspapier zu den jeweiligen Vor- und Nachteilen erarbeitet. Daraus ist eine Präferenz für ein Flächenmodell ablesbar. Wir haben das Papier dem sachsen-anhaltischen Finanzministerium zugeschickt. Es liegt ebenfalls den heutigen Sitzungsunterlagen bei.

Konjunktur 2. Quartal 2018 im IHK-Bezirk Halle-Dessau: Erwartungsdämpfer durch gestiegene Risiken!

Wir kämpfen auch deshalb gegen künftige Kostenfallen für die Unternehmen, weil die konjunkturelle Entwicklung nicht so gut bleiben dürfte wie sie jetzt sehr lange schon ist. In den vergangenen Wochen wurden die skeptischen Stimmen lauter, hier und da zeigten sich Dämpfer im aktuellen Aufschwung.

Und auch in unserem IHK-Bezirk erkennen unsere Konjunkturoperenten solche Anzeichen. Die befragten Unternehmen meldeten zwar weiterhin eine sehr gute Geschäftslage. Aber die Erwartungen haben sich zum Teil eingetrübt: Die bisher einheitlich positive Bewertung hat sich gespalten: Für das Baugewerbe, die Dienstleister und das Verkehrsgewerbe verläuft die Konjunktur aktuell weiter sehr gut. Aber die für uns so wichtige Industrie und auch der Handel blicken deutlich pessimistischer in die Zukunft als zuvor. Grund dafür sind weiter gestiegene Risiken – zum Beispiel durch Protektionismus im Export und steigende Energiekosten. Da begegnen wir ihnen also wieder, den Rahmenbedingungen für unseren wirtschaftlichen Erfolg in der Zukunft ...

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, auf der Agenda der neuen IHK-Vollversammlung stehen essentielle, vielleicht sogar existenzielle Aufgaben. Es ist daher wichtig, dass unsere Vollversammlung die starke Stimme der heimischen Wirtschaft bleibt.

Treten wir also dafür ein, dass sie auch künftig mit einem starken Mandat ausgestattet ist. Darum bitte ich Sie – ob sie nun selbst wieder kandidieren oder nicht: Werben Sie über Ihre Kontakte und in Ihren Netzwerken dafür, dass sich viele Unternehmerkolleginnen und -kollegen an dieser Abstimmung beteiligen! Und vor allem: Gehen Sie selbst zur Wahl!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.